

HOHE VERMÖGEN IN EUROPA GERECHT BESTEUERN



Für soziale Gerechtigkeit
und Klimaschutz in
Deutschland, Europa
und weltweit



OXFAM
Deutschland

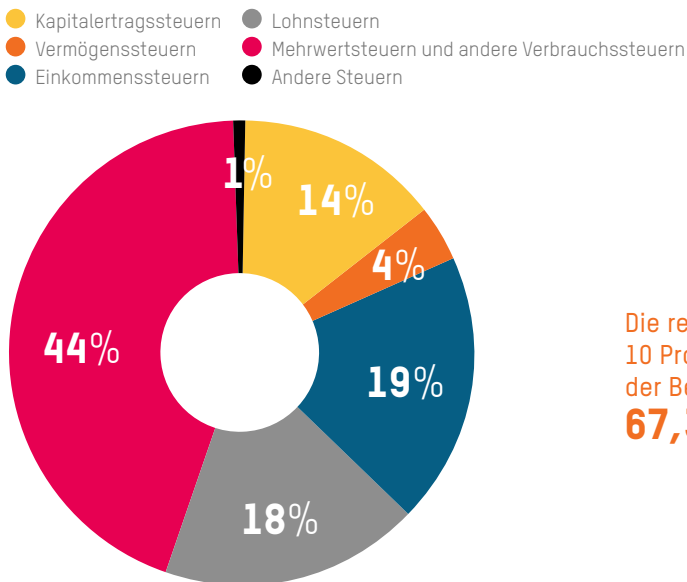
Extreme Ungleichheit ist eines der Kernprobleme unserer Zeit. In den letzten, von Krisen geprägten Jahren hat sie sich weiter verschärft: Während der Reichtum der Milliardär*innen seit 2020 um gut ein Drittel angewachsen ist, sind gleichzeitig 60 Prozent der Menschheit ärmer geworden.¹ Das weltweit reichste Prozent besitzt fast die Hälfte allen Vermögens, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als einem Prozent so gut wie nichts.²

Diese zunehmende soziale Ungleichheit stellt Gesellschaften vor immer größere Zerreißproben. Sie untergräbt die Demokratie, verstärkt geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierungen – und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe ausweitete: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für genauso viele CO₂-Emissionen verantwortlich wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen.³ Und während sich hohe Einkommen und Vermögen zunehmend in wenigen privaten Händen konzentrieren, kürzen viele Regierungen die Gelder für öffentliche soziale Grunddienste. So haben seit Ausbruch der Corona-Pandemie fast die Hälfte aller Länder die Ausgaben für soziale Sicherung verringert; sogar mehr als zwei Drittel der Länder haben die Mittel für Bildung gekürzt.⁴ Unter anderem wegen zunehmender Schulden planen laut Berechnungen von Oxfam drei Viertel der Regierungen in den nächsten Jahren Ausgabenkürzungen, die sich insgesamt auf 7,8 Billionen US-Dollar belaufen. Armut und soziale Ungleichheit werden dadurch weiter zunehmen.⁵

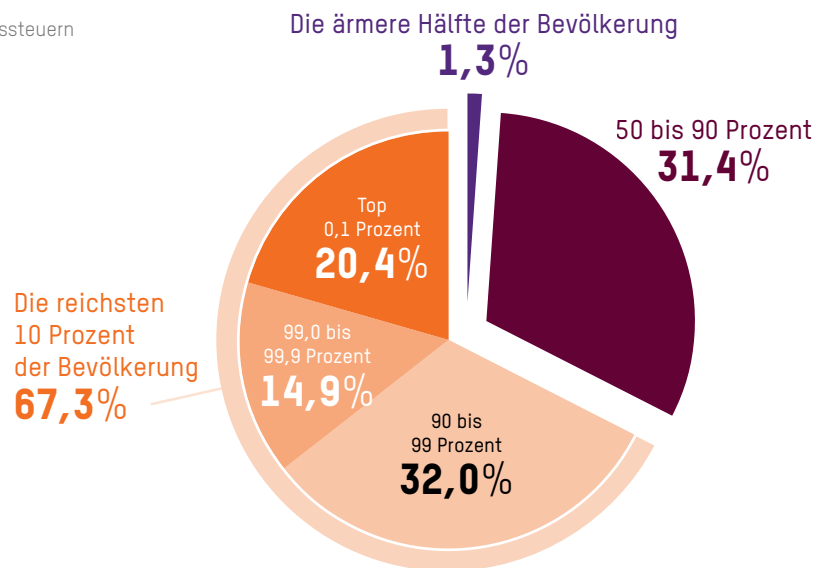
EINE KEHRTWENDE IST MÖGLICH

Diesen Trend müssen wir jetzt stoppen und konsequent umsteuern, hin zu sozialer Gerechtigkeit und einem Planeten, auf dem wir alle gut leben können. Die Steuerpolitik ist einer der wichtigsten Hebel, die Regierungen für dieses Ziel zur Verfügung stehen. Noch vor fünfzig Jahren war eine hohe Besteuerung von reichen Bevölkerungsteilen die Regel und hat maßgeblich dazu beigetragen, Vermögen gerechter zu verteilen und extreme soziale Ungleichheit zu verhindern. Mit der Demontage dieser progressiven Besteuerung ging seit Anfang der 1980er Jahre eine spektakuläre Konzentration von Vermögen an der Spitze einher. Von sinkenden Steuersätzen profitierten hauptsächlich Konzerne und reiche Einzelpersonen, während die Steuern für Milliarden Menschen stiegen.⁶ Heute stammen gerade einmal vier Prozent der Steuereinnahmen weltweit aus Abgaben auf Vermögen. Zum Vergleich: Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Zahl der Länder, die eine Mehrwertsteuer erheben, von 50 auf mehr als 150 verdreifacht und Verbrauchssteuern stellen mit 44 Prozent den größten Anteil der Steuereinnahmen weltweit (Siehe Grafik 1).⁷ Verbrauchssteuern verstärken Ungleichheit. Da reichere Menschen einen geringeren Anteil ihres Einkommens für den Konsum aufwenden, belastet diese Art von Steuern sie deutlich weniger als einkommensschwächere Bevölkerungsteile. Deutschland bildet hier keine Ausnahme, ganz im Gegenteil. Vermögen sind hier so ungleich verteilt (siehe Grafik 2) wie in kaum einem anderen EU-Land und werden gleichzeitig unterdurchschnittlich besteuert: Nur etwas mehr als drei Prozent aller Steuereinnahmen stammen aus Abgaben auf Vermögen.⁸ Abgesehen von Grund und Boden sowie Erbschaften werden Vermögen weder amtlich erfasst noch besteuert. Denn die Vermögenssteuer hat Deutschland 1997 ausgesetzt.⁹

Grafik 1: Verteilung der weltweiten Steuereinnahmen nach Steuerarten



Grafik 2: Vermögensverteilung in Deutschland



Quelle: Oxfam-Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten, unter Berücksichtigung von 35 OECD-Ländern und 45 Nicht-OECD-Ländern.¹⁰

Quelle: Zahlen und Originalgrafik aus Stefan Bach (2021).¹¹

HÖCHSTE ZEIT FÜR EINE VERMÖGENSSTEUER

Insbesondere gigantischer und bei vergleichsweise wenigen Menschen konzentrierter Reichtum muss stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens genutzt werden.

Daher schließt sich Oxfam der europäischen Bürger*inneninitiative „Tax the Rich“ an, die Wirtschaftswissenschaftler*innen wie Thomas Piketty, Millionär*innen wie Marlene Engelhorn, Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Politiker*innen initiiert haben: Wir fordern eine Vermögenssteuer für die Reichsten in Europa!

Umfragen und Studien zeigen, dass dies ganz im Sinne einer Mehrheit der Menschen in Europa wäre. So stimmen laut Eurobarometer (2023) fast sieben von zehn Europäer*innen der Aussage zu, es sei wichtig, dass die Regierungen die Reichen besteuern, um die Armen zu unterstützen.¹²

Oxfam schätzt, dass eine jährlich innerhalb der Europäischen Union erhobene Vermögenssteuer von

- 2% für Millionär*innen mit einem Vermögen von über 5 Millionen US-Dollar (4,6 Millionen Euro)
- 3% für Millionär*innen mit einem Vermögen von über 50 Millionen US-Dollar (45,7 Millionen Euro)
- 5% für Milliardär*innen (913 Millionen Euro)

jedes Jahr **285,6 Milliarden Euro** (313,7 Milliarden US-Dollar), davon allein 85,2 Milliarden Euro (93,6 Milliarden US-Dollar) in Deutschland, einbringen könnte.¹³

Menschen mit weniger als 4,6 Millionen Euro Vermögen, also der allergrößte Teil der Bevölkerung, wären nicht von dieser Steuer betroffen. In Deutschland müssten nur etwas mehr als 200.000 Menschen die Abgabe entrichten, das sind gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung.

GENUG GELD FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ

Diese dringend benötigten Einnahmen könnten in den Ausbau von Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung, in Geschlechtergerechtigkeit und die Bekämpfung von Rassismus sowie den Klimaschutz in Deutschland, Europa und weltweit investiert werden. Die Gelder sollten sowohl in den EU-Haushalt als auch in die nationalen Haushalte der EU-Länder fließen.¹⁴ Statt die Mittel im Bundeshaushalt für die Unterstützung einkommensschwacher Länder und für soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu kürzen, könnten diese Leistungen konsequent erhöht werden.

Ganz konkret ließen sich mit 285,6 Milliarden Euro in der EU bzw. 85,2 Milliarden Euro in Deutschland beispielsweise

- die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland um fast 50 Prozent erhöhen;
- die EU-Mittel (EU Recovery and Resilience Facility) für den Übergang zu einem sozial-ökologisch nachhaltigen und krisenfesten Europa um mehr als ein Drittel erhöhen;
- mehr als die Hälfte des voraussichtlichen weltweiten Bedarfs für die Bewältigung nicht mehr zu verhindernder Schäden durch die Klimakrise finanzieren.¹⁵

Die Besteuerung hoher Vermögen ist nicht nur notwendig, sondern auch umsetzbar. Spanien erhebt beispielsweise schon eine Steuer auf das Nettovermögen (Vermögen minus Schulden). Außerhalb der EU haben auch Norwegen und die Schweiz eine Vermögenssteuer.

WAS KANN DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ERREICHEN?

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein an direktdemokratische Verfahren angelehntes Instrument der politischen Teilhabe in der Europäischen Union. Durch sie können EU-Bürger*innen erzwingen, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst. Hierfür müssen sie in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten sammeln. Die von Oxfam mit ins Leben gerufene EBI „Besteuerung von großem Reichtum zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation“ (Tax the Rich) läuft bis zum 9. Oktober 2024.

Eine europäische Vermögenssteuer ist die effektive und schon lange überfällige Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit, allen voran die extreme soziale Ungleichheit und die mit dieser untrennbar verbundenen Klimakrise. Werden die Einnahmen konsequent für soziale Gerechtigkeit und den Klimaschutz in Deutschland, Europa und weltweit eingesetzt, könnte eine europäische Vermögenssteuer ein wichtiger Meilenstein sein auf dem Weg zu einer sozial und ökologisch gerechten Zukunft für alle!

QUELLEN

- 1 Oxfam (2024): INEQUALITY INC. Methodology note.
- 2 UBS (2023): Global Wealth Report 2023.
- 3 Oxfam (2023): Climate Equality: A planet for the 99%.
- 4 Development Finance International, Oxfam (2022): The Commitment To Reducing Inequality Index 2022.
- 5 Development Finance International, Oxfam (2022): The Commitment To Reducing Inequality Index 2022.
- 6 Siehe hierzu im Detail Oxfam Deutschland (2023): Umsteuern. Und Oxfam (2023): Survival of the richest.
- 7 Oxfam (2023): Survival of the richest. Methodology note.
- 8 OECD (2023): OECD statistics database.
- 9 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Immobilienvermögen wegen der veralteten Bewertungsgrundlage gegenüber anderer Vermögensarten unberechtigterweise bevorteilt wurde. Weil seitdem keine Bundesregierung versucht hat, eine verfassungskonforme Art der Vermögenssteuer zu etablieren, ist die Erhebung der Steuer seit 1997 ausgesetzt.
- 10 Oxfam (2023): Survival of the richest. Methodology note.
- 11 Stefan Bach (2021): Grunderbe und Vermögenssteuern können die Vermögensungleichheit verringern.
- 12 Eurobarometer (2023): <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2652>
- 13 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Liste (Stand Ende November 2023) und Daten des Forschungsinstituts Wealth-X. Zur Berechnungsmethode siehe Oxfam (2024): INEQUALITY INC. Methodology note.
- 14 Eine europäische Vermögenssteuer würde den Haushalten der EU-Länder zugutekommen, indem sie deren Kassen entweder direkt über den nationalen Haushalt oder indirekt über den Wiederaufbaufonds aufstockt.
- 15 Oxfam-Berechnungen auf Basis von Angaben der OECD zu den Ausgaben im Bildungsbereich und der Europäischen Union zum Wiederaufbaufonds. Zu dem voraussichtlichen weltweiten Bedarf für die Bewältigung nicht mehr zu verhindernder Schäden durch die Klimakrise siehe Oxfam (2023): Climate Finance Shadow Report 2023.

IMPRESSUM

Als internationale gemeinnützige Organisation setzt sich Oxfam gemeinsam mit Menschen in aller Welt gegen Armut, Unterdrückung und soziale Ungleichheit ein. Seite an Seite mit fast 2.250 lokalen Partnerorganisationen in rund 90 Ländern arbeiten wir für eine gerechte und nachhaltige Welt.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V., Januar 2024
V.i.S.d.P.: Serap Altinisik, Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Autor: Manuel Schmitt
Redaktion: Tobias Hauschild, Mara Brückner, Julia Jahnz
Konzeption und Umsetzung: Manuel Schmitt, Mara Brückner
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de